Zukunftsdialog Partizipation

Zeit: 18.04.2012 09:15-17:00

Ort: Brick 5, Fünfhausgasse 5, 1150 Wien

ErstellerIn: Andrea Breitfuss

Überarbeitung: Peter Kühnberger, Kerstin Arbter, Christina Schneider, Elke Eckerstorfer, Michaela Glanzer, Antonia Coffey

Inhalt:

1. Rahmen und Ablauf der Veranstaltung 3
2. Vorträge und Diskussionen 5
   Alexander Wetzig: Veränderung von Planung und Rollen: Ulm 5
   Frank Schmitz: Kooperative Planungsprozesse: Saarbrücken 6
   Julian Petrin: E-Partizipation: Was hat sich bewährt, worauf sollte man achten? - Nexthamburg 8
3. Erfahrungsaustausch 10
   Dos and Dont´s 11
   Herausforderungen - „Was tun wenn ...?“ 12
   Killerphrasen 13
4. Arbeitsgruppen 16
   Rahmenbedingungen und Grenzen von Partizipation 17
   Umgang mit BürgerInnen und was BürgerInnen brauchen 21
   Partizipation mit schwer erreichbaren Gruppen 24
   Beteiligung bei strategischer Planung 25
   Online oder offline? 28
   Partizipation in Neubau– und Konversionsgebieten 30
5. TeilnehmerInnen 32

1. Rahmen und Ablauf der Veranstaltung

Der Zukunftsdialog Partizipation ist die letzte von drei Veranstaltungen (Workshop für die Verwaltung, ExpertInnengespräch mit Externen, Zukunftsdialog), die **im Rahmen der Erstellung des Praxishandbuchs Partizipation für die Wiener Stadtentwicklung** angeboten wurden. Hier trafen VerwaltungsmitarbeiterInnen mit externen ExpertInnen aus Theorie und Praxis aufeinander und konnten mit ausländischen Gästen spezielle Fragestellungen vertieft bearbeiten.

Ablauf des Zukunftsdialogs

09:15 bis 10:00 Begrüßung und Einführung

- Thomas Madreiter, Abteilungsleiter MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Maria Vassilakou, Vizebürgermeisterin, Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung
- Peter Kühnberger, neu&kühn: Das Praxishandbuch Partizipation in der Stadtentwicklung

10:00 – 12:30 Vorträge und Diskussionen

- Alexander Wetzig, Baubürgermeister der Stadt Ulm
- Frank Schmitz vom Amt für Soziale Angelegenheiten der Stadt Saarbrücken
- Julian Petrin, Geschäftsführer von Nexthamburg

12:30 bis 14:00 Mittagspause und Erfahrungsaustausch

14:00 bis 17:00 Arbeitsgruppen und Schlussrunde

- Rahmenbedingungen und Grenzen von Partizipation: Kurzinput: Alexander Wetzig
- Umgang mit BürgerInnen und was sie brauchen: Kurzinput: Antonia Coffey
- Einbeziehen schwer erreichbarer Gruppen: Kurzinput: Frank Schmitz
- Beteiligung bei strategischer Planung: Kurzinput: Kerstin Arbter
- Online oder offline: Kurzinput: Julian Petrin
- Partizipative Entwicklung größerer Neubaugebiete: Kurzinput: Elke Eckerstorfer

2. Vorträge und Diskussionen

Im ersten Teil wurden drei Vorträge gehalten:
Alexander Wetzig, Baubürgermeister der Stadt Ulm sprach über die **Veränderung von Planung und Rollen** anhand von Projekten der Stadt Ulm,
Frank Schmitz vom Amt für Soziale Angelegenheiten der Stadt Saarbrücken beleuchtete **kooperative Planungsprozesse** am Bsp. Grüne Insel Kirchberg und
Julian Petrin, Geschäftsführer von Nexthamburg sprach zum Thema **E-Partizipation: Was hat sich bewährt, worauf sollte man achten**? am Bsp. von „Nexthamburg".

Alexander Wetzig: Veränderung von Planung und Rollen: Ulm

Alexander Wetzig sieht eine aktuelle Notwendigkeit einer Neuordnung und Neuorganisation von Stadtentwicklungsprozessen. Diese begründen sich aus einem tiefgreifenden Bewusstseinswandel der Stadtgesellschaften und damit verbundenen weiter reichenden Ansprüchen auf Partizipation und Mitgestaltung durch die BürgerInnen. Die bisher praktizierten Verfahren und die formalisierten und gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsformen von Öffentlichkeit in Planungsprozessen reichen heute nicht mehr aus, um Legitimität zu erzeugen, wie das Beispiel Stuttgart 21 zeigt.

Dies hat aus seiner Sicht weitreichende Folgen für das Verständnis von Planung: Es reicht nicht mehr „die Planung zu kommunizieren", vielmehr muss Planung selbst als Kommunikationsprozess verstanden und entwickelt werden. Diese Sichtweise auf Planung erfordert Transparenz und Offenheit, Informalität und zeitliche Integration von Anfang an.

Die Zieldiskussion muss **vor** dem Lösungsstreit geführt werden. Diese alte planerische Regel gilt es auch bei der Beteiligung der Öffentlichkeit zu beachten: Deshalb ist es nach Ansicht Wetzigs zentral, **vor** der Erörterung von Entwurfslösungen einen **öffentlichen** Diskurs über Aufgabe und Programm zu führen:

Baukultur des 21. Jhdts., so sein Fazit, ist auch Dialogkultur. Partizipation als Grundkategorie moderner Gesellschaften verlangt gegenseitigen Respekt, Kommunikation auf Augenhöge und Veränderungsbereitschaft in der Planung.

Frank Schmitz: Kooperative Planungsprozesse: Saarbrücken

Frank Schmitz erläuterte die Erfolgsfaktoren, aber auch die Grenzen und Herausforderungen eines Projekts mit einer Vielzahl an beteiligten ProjektpartnerInnen. Im Rahmen der Neugestaltung eines zentralen Freiraums in einem benachteiligten Saarbrücker Stadtteils fanden sich 8 Behörden (Magistratsabteilungen) und dreizehn Stadtteilorganisationen zusammen, um, gemeinsam mit den BürgerInnen, den öffentlichen Raum zu verbessern und an die Bedürfnisse der BewohnerInnen anzupassen.

In der Projektpartnerschaft wurden gemeinsam die Prioritäten für die Planung festgelegt und weitere Mittel über freiwilliges Engagement und Fundraising eingebracht. Das Projekt führte auch zu einer Neubewertung und Anpassung der Maßnahmenplanung verschiedener Ressorts der Stadtverwaltung. Zudem wurden arbeitsmarktpolitische Instrumente und Förderprogramme einbezogen.

Als **Erfolgsfaktoren** für eine erfolgreiche kooperative Planung nannte Schmitz folgende Aspekte:

- Differenzierter Methodeneinsatz
- Professionelle Moderation
- Greifbare Ergebnisse
- Verbindliche Teilnahme
- Klare zeitliche und organisatorische Struktur
- Rückendeckung durch die Verwaltungsspitze

Darüber hinaus sind Bekanntschaft, Vertrauen und eine offene Kommunikation innerhalb der Projektpartnerschaft zentral. Schmitz formulierte dafür Grundregeln:

- Machen Sie sich mit ihren PartnerInnen bekannt
- Legen Sie Ihre Interessen und Sachzwänge offen
- Geben Sie Fehler zu
- Lassen Sie sich überzeugen
- Halten Sie die Kommunikation am Laufen
- Schenken Sie Vertrauen
- Seien Sie mutig
- Wecken Sie Erwartungen

Ideal ist aus seiner Sicht eine Kerngruppe aus „Kümmerern", die sozialplanerische und städteplanerische Kompetenzen vereint. Um die Umsetzung zu gewährleisten, ist das frühzeitige Einbinden lokaler und überlokaler politischer Funktionsträger zentral.

Doch auch Projekte wie diese stoßen an **Grenzen**:

Die vorhandene **Anzahl an MitstreiterInnen** setzt meist deutliche Grenzen. Zwar sind oft genug Ideen vorhanden, aber zu wenig aktive PartnerInnen. Schmitz erklärt dies damit, dass jedes Projekt nur eines unter vielen für die Stadtverwaltung ist und auch die BürgerInnen haben oft andere Sorgen und Interessensschwerpunkte.

Fehlende Mittel für die Umsetzung sind nach langen und komplexen Planungsprozessen mit vielen Beteiligten besonders bitter. Als schwierig erwies sich auch der Erhalt der ProjektpartnerInnenschaft nach dem Ablauf des Projekts, denn damit verbundene Koordinationsarbeit kostet Zeit und Ressourcen, die in der alltäglichen Arbeit oft fehlen.

Schmitz hält dennoch den Aufbau von Interessensorganisationen als PartnerInnen für die integrierte Stadtteilentwicklung für eine wesentliche Grundlage **partizipativer Planung und Steuerung:** Ressortübergreifende Arbeit unter Einbeziehung von StadtteilakteurInnen und Stadtteilorganisationen heißt das Ziel.

Julian Petrin: E-Partizipation: Was hat sich bewährt, worauf sollte man achten? - Nexthamburg

Julian Petrin sieht einen „participatory turn“ in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Dieser umfasst die gemeinsame Erarbeitung und Verbesserung von Computerprogrammen ebenso wie die Einbeziehung der KundInnen in die Produktentwicklung und –finanzierung, neue Formen und Wege der Mitsprache bei politischen Prozessen und im Wahlkampf (Piratenpartei, Wahlkampf Barack Obamas), „Open Government-Ansätze“ wie das Einbeziehen der BürgerInnen online in die Verwaltung der Stadt: Wo gibt es Müll, wo gibt es Schlaglöcher oder defekte Straßenlaternen bis hin zur Entwicklung neuer Ideen für die Stadt der Zukunft („Nexthamburg“).

Gemeinsam ist diesen Crowdsourcing-Ansätzen die MultiautorInnenschaft bzw. eine weiter reichende Einbeziehung von KundInnen (Projektentwicklung 2.0) oder BürgerInnen (Demokratie 2.0) bis hin zum Verschwimmen der beiden Seiten „AnbieterInnen“ und NutzerInnen/KonsumentInnen.

Nexthamburg ist eine Plattform, die in diesem Sinne arbeitet. Ursprünglich außerhalb der städtischen Verwaltung gegründet, ist sie mittlerweile Kooperationspartnerin bzw. Auftragnehmerin der Stadt. Sie will Schutzraum für Ideen und Dialoge sein und versteht sich als Impulsgeberin für Stadtentwicklung durch das Aufstellen einer „BürgerInnenagenda“ und als Plattform für von BürgerInnen initiierte Projekte.

Nexthamburg hat in den letzten Jahren am Aufbau einer Community gearbeitet und haben derzeit rund

- 2900 Twitter Follower
- 5000 Personen in der Facebook Community
- 400 registrierte Mitglieder (online) und
- über 500 Gäste bei Live-Veranstaltungen

Nexthamburg verfolgt das Ziel der „Vernetzung der Dialoglandschaft“ mit dem expliziten Versprechen, die Interessen und Themen der BürgerInnen in die Politik zu tragen (BürgerInnenagenda), Projekten eine zu Bühne und jedem Beitrag eine Chance zu geben. Dazu bedienen sie sich eines breiten Formatmixes aus Online- und Offlinemethoden.

Sie nutzen „Crowdsourcing“ für Themen der Stadtentwicklung:

- **Kollektives Benennen von Problemen und Lösungsvorschläge**n durch die Community (ergänzt durch Inputs der Redaktion und externer ExpertInnen).
- **Bewerten von Problemen und Lösungen** (Inhaltliche Vertiefung von Problemen und Lösungen durch ExpertInnen)
- Erarbeiten **personalisierter Szenarien** (Redaktion fasst die Szenarien zusammen, ExpertInnen kommentieren die Szenarien)
- **Bewertung und Kommentierung der Szenarien** durch die Community, ExpertInnen und die Redaktion
- Wahl des **jährlichen „Top Szenarios“**
- Erstellen des **Jahrbuchs Stadtvision**, zu dem Politik und Verwaltung öffentlich Stellung nehmen

Erkenntnisse aus „Nexthamburg“

Wichtig sind:

- Ein klares Versprechen über Ziele und Nutzen der Aktivitäten
- Eine klare Dramaturgie der Partizipation (Prozessdesign)
- Die Eigenständigkeit des Akteurs
- Der Aufbau einer starken Dialog Marke
- Eine Verbindung von Online und offline Kommunikation, denn online alleine funktioniert nicht
- Sowie das Nutzen vielfältiger und auch schon vorhandener Kommunikationskanäle: Dahin gehen wo die Leute sind, sowohl physisch (Einkaufzentren, leerstehende Geschäftslokale), als auch virtuell (facebook, twitter).

3. Erfahrungsaustausch

Im Anschluss an das Mittagessen wurde an drei Beteiligungsstationen ein Erfahrungsaustausch zu den Themen „Dos and Don´ts“, „Herausforderungen: „Was tun, wenn …?“ und „Killerphrasen“ angeboten.

Dos and Dont´s

DOS

- **Klarheit** - Versprich nicht mehr, als du halten kannst
- **Teilnehmen wertschätzen** - als Vorstufe von aktiver Beteiligung
- **Achtung beim Wording,** es drückt eine Haltung aus: lieber „wir machen gemeinsam etwas“ anstatt „wir beteiligen Dich“ („Du darfst mitmachen“)
- **Bestehendes Engagement stützen**
- **Fehlerfreundlich sein -** wenn gewisse Menschen nicht erreicht oder vergessen wurden: eingestehen und wieder gut machen
- Auch kritische Dinge **nicht zu schwer nehmen**
- **Gutwillige Haltung**
- **Gute angenehme Atmosphäre** - es muss immer guten Café und Essen geben
- **Emotionen Platz geben -** auch mal schreien lassen (z.B. mit Aufstellung beginnen)
- **Emotionen vor Sachthemen**
- **Achtung auf die Ressourcen der BürgerInnen:** freiwillige BürgerInnen arbeiten unbezahlt und stehen bezahlten PlanerInnen gegenüber
- **Auf Menschen zu gehen** - ihre Sprache sprechen
- **Methodenvielfalt** in einem Prozess, um viele anzusprechen
- **Prozess dokumentieren** und klar machen, **wo man im Prozess steht**
- **EntscheidungsträgerInnen in Prozess einbeziehen** →andocken an Entscheidungsstrukturen
- Auf **demokratische Legitimität** achten
- **Alle Fakten auf den Tisch**

DON'TS

- **Achtung beim Wording**: die „Menschen mitnehmen oder dort abholen, wo sie sind" impliziert, dass es ein Gefälle gibt: Hier die armen Menschen, die nichts wissen, die nichts zu reden haben, die gnadenhalber (überspitzt formuliert) abgeholt werden müssen. Das widerspricht der Forderung nach Kommunikation auf gleicher Augenhöhe
- **Ziele der Partizipation** müssen klar sein, bevor der Kommunikationskanal geöffnet wird,
    - es muss klar sein, **welche Frage** beantwortet werden soll,
    - es braucht **einen klaren Handlungsauftrag**
- **Keine „Gremien"** (z.B. Steuerungsgruppen v. 3 BürgerInnen als Feuerwehr), sie sind nicht repräsentativ, die **Gremien verschlingen Ressourcen**, die anderswo fehlen und sind verknöchert. Wenn, dann nur in kleinen Gruppen mit guter Rückkopplung zu den Vertretenen.
- **Keinen Druck aufbauen, damit sich Menschen beteiligen, keine zu hohen Erwartungen**
- **Nicht zu viel Effizienz in Kommunikation bringen wollen** – besser: auch mal laufen lassen
- **Nicht zu lange reden** – besser: auch kleine Schritte **tun**, umsetzen
- **Nie Präsentationen zu Beginn der BürgerInnenversammlung** – besser: zuerst Leute aktiv werden lassen z.B. „Speed Dating"
- **Nicht abkanzeln,** wenn Beiträge öfter kommen, oder „schräg" kommen, **nicht abqualifizieren**
- **Nicht von „der Politik" reden -** auch PolitikerInnen sind **unterschiedlich**
- **Nie bewusste Fehlinfos**

Herausforderungen - „Was tun wenn …?"

Bei der Tafel „Herausforderungen – Was tun, wenn …?" wurden vorwiegend Herausforderungen gesammelt, Antworten auf die Herausforderungen wurden nur in wenigen Fällen gegeben (→).

- **Spielregeln werden gebrochen**
- **Zugesagte Zeit wird nicht gegeben**
- **Budgetkürzung oder Kostensteigerung**
- **Akteurswechsel**
- **Vergessene Akteure**
- **Parallelprozess entsteht**
- **Schwierige Personen/SelbstdarstellerInnen „Provokateure"**
  → Aufbau von Mediendruck
  → Rausschmiss ist keine Lösung
- Was tun, wenn … „**BürgerInnen nur nix ändern wollen**"
- **Vereinnahmung des Prozess durch Politik**

- **EntscheidungsträgerInnen halten sich nicht an Vereinbartes**
- **Manipulation/Absprachen**
- **Hidden Agenda** (Politik u.a.)
- **Verlust der politischen Unterstützung**
- **Politik/EntscheidungsträgerInnen kommt nicht zu Veranstaltung**

- **Divergierende Interessen**
  ➔ Transparenz der Standpunkte
  ➔ politische Entscheidung

- **Riesiges Medieninteresse**
  ➔ aussitzen oder nutzen

- **Umgang mit „no news“** (Bsp. Medien fragen nach jeder Mediationssitzung nach, was es Neues gibt)

- **Starres Prozessdesign**
- **Partizipation dreht sich im Kreis** (TN nehmen Ergebnisse nicht auf und fangen immer wieder bei „Null“ an.)

Killerphrasen

„Strategische Planungen sind viel zu abstrakt und komplex, als dass BürgerInnen sie verstehen könnten!“

Sind BürgerInnen wirklich so dumm?
Dann werden strategische Planungen auch von der Politik nicht verstanden, die darüber entscheidet.

„BürgerInnen interessieren sich nicht für strategische Planungen!“
→ andere Erfahrungen
Da haben wir andere Erfahrungen (Bsp. Nordbahnhof)
Es gibt kein Thema für das sich BürgerInnen nicht interessieren → ist Frage der Gestaltung

FRAGE: WIE WECKE ICH DAS INTERESSE?
FRAGE: WIE VERMITTLE ICH „STRATEGISCHE PLANUNG“?

„Im neuen Stadtgebiet (auf der grünen Wiese) gibt es ja noch keine Betroffenen. Da kann man noch gar nicht beteiligen.“
RUNDHERUM GIBT'S WELCHE
Es gibt auch repräsentative Beteiligung (durch Vertreter bestimmter Bürgergruppen).
Die ersten die hinkommen, sind Experten für das was fehlt.
„Jemanden einzubeziehen dauert zu lange, das Projekt wird verzögert“
Das war einmal so ...

Proteste verzögern noch mehr, bzw. verhindern

„Es ist Aufgabe der Politik Entscheidungen zu treffen, da brauchen wir keine Beteiligung!“
Beteiligung im Vorfeld von Entscheidungen bringt bessere Entscheidungen, die eher akzeptiert werden.
Beteiligung ist nicht gleich Entscheidung.
„WIR“ BENÖTIGT VOR ALLEM INFORMATION!
Auch, aber nicht nur ...
Jede/r BewohnerIn ist ExpertIn vom Grätzel

„Die PlanerInnen haben ihr Fach lange studiert und jetzt sollen irgendwelche Leute entscheiden, die keine Ahnung haben?“
Deswegen sind die Planungen noch lange nicht gut!
PlanerInnen sind ExpertInnen für Lösungen und nicht für Bedürfnisse (der Nutzer).

„MigrantInnen (und andere schwer erreichbare Zielgruppen) haben gar kein Interesse an Beteiligung!“
Oft sind sie aber durch Planungen existenziell betroffen (zB Hausabbruch)
lt. Studie bereits widerlegt „Urbane Frauen“ 1998
Sie haben oft keine Möglichkeit der Beteiligung
Das ist auch durch praktische Erfahrungen widerlegt z.B. bei Vor-Ort Planungen bei Park-Neugestaltungen

„Es machen immer nur die mit, die ihre Interessen sowieso durchsetzen können!“
Es liegt am Geschick der Mediatoren den „Leisen“ zu ihrem Recht zu helfen.
Es handelt sich nur um die Querulanten.

„Da machen zu wenige mit, das ist ja nicht repräsentativ.“
Jede Meinung zählt!
Es lohnt sich, sich auch um die anderen Gruppen zu bemühen.

„Wir haben kein Geld für Beteiligung!“
Ohne Beteiligung wird es meist viel teurer (Umplanungen, Planungsaufwand ohne Umsetzung; Anreinerbeschwerden, Verzögerungen ...!)

„BürgerInnen vertreten ohnehin nur Eigeninteressen, Partizipation bringt keine Lösungen für das Gemeinwohl!“
Viele unterschiedliche (Eigen-)Interessen sind Teil des Gemeinwohls.
Zeit für intensiven moderierten Diskurs zwischen Interessensgruppen einplanen!
Es ist legitim, dass BürgerInnen ihre Interessen vertreten.
Oft entwickeln sie aber im Laufe des Verfahrens auch ein Verständnis für die Bedürfnisse anderer und die Bereitschaft für gemeinsame Lösungsfindung von Seiten des Gemeinwohls.
Nicht Gruppen sollen vertreten werden, sondern deren Ideen und Gedanken
Eigennutz und Gemeinheiten schließen sich nicht aus.

„Alle Gruppen zu erreichen ist viel zu mühsam, aufwendig und teuer!“
Eben ...

„Online-Partizipation verstärkt die soziale Schieflage!“
Face to Face (ohne –book gehört dazu)
Kann mehr Personen erreichen, als Veranstaltung
Verringert die soziale Kontrolle in Diskussionen
... beteiligt aber vor allem Junge, die sich immer weniger angesprochen fühlen...

4. Arbeitsgruppen

Es wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet, die mit je eineR InputgeberIn und eineR ModeratorIn besetzt waren. In zwei Runden wurde jeweils 45 – 50 Minuten diskutiert. Alle TeilnehmerInnen konnten also zu zwei Themen diskutieren, die InputgeberInnen und Moderatorinnen blieben gleich.

Rahmenbedingungen und Grenzen von Partizipation

Kurzinput: Alexander Wetzig (Baubürgermeister von Ulm)
Moderation: Christina Schneider (kon-text)

Alexander Wetzig fasste seinen Input in 6 Thesen, die in den beiden Runden diskutiert wurden.

These 1: Bürgerfraktion der CITOYEN versus Bürgerfraktion der BOURGEOIS
Die BügerInnen können in zwei verschiedene Fraktionen unterteilt werden. Diejenigen, die vor allem ihre Eigeninteressen verfolgen (Bourgeois[1]) und diejenigen, die sich als politische Wesen verstehen und dem Gemeinwohl verpflichtet sehen (Citoyen[2]).
Es gibt beide Haltungen und beide haben ihre Berechtigung. Die Einzelnen haben auch Verantwortung für ihr Lebensumfeld, deshalb ist die Abwägung zwischen Eigeninteressen und Gemeinwohl zentral.

[1] Im Unterschied zum weiten Begriff des Bürgers, dem auch der *Citoyen* im Sinne des Staatsbürgers zugerechnet wird, umfasst der Begriff des Bourgeois das Großbürgertum der weltlichen Oberschicht http://de.wikipedia.org/wiki/Bourgeoisie (Zugriff am 27.4.2012)

[2] „Der Citoyen ist ein höchst politisches Wesen, das nicht sein individuelles Interesse, sondern das gemeinsame Interesse ausdrückt. Dieses gemeinsame Interesse beschränkt sich nicht auf die Summe der einzelnen Willensäußerungen, sondern geht über sie hinaus.“ – JEAN-JACQUES ROUSSEAU: Le contrat social http://de.wikipedia.org/wiki/Citoyen (Zugriff am 27.4.2012)

These 2: Partizipationsprozesse sind keine Harmonieveranstaltung oder Konsensuskonferenzen bzw. Schlichtungsverfahren
Die Verwaltung ist nicht neutral, sie müssen auch übergeordnete Interessen berücksichtigen. Seitens der BewohnerInnen gibt es zum Teil Misstrauen gegenüber der Verwaltung. Sie glauben bei Partizipationsprozessen oft, dass es einen „Plan im Hinterkopf" gibt, der aber nicht offen kommuniziert wird. Es wird eine stärkere Dialogkultur von den BürgerInnen eingefordert, dies bedeutet für die Verwaltung, dass sie eine stärkere Veränderungsbereitschaft mitbringen müssen.

These 3: Planung ist vorrangig Konfliktbewältigung und weniger Konfliktvermeidung
Wichtig ist es, Konflikte transparent zu machen und auch Fehler zuzulassen, bzw. sie zuzugeben, wenn sie passiert sind. Die Verbindlichkeit von Prozessen und Entscheidungen soll von Anfang an klar kommuniziert werden.

Heute gibt es eine schwierige Situation zwischen Politik, Verwaltung und den BürgerInnen, weil die Rollen aller drei in Veränderung begriffen sind. Es kommt daher schnell zu „Beleidigtheiten", wenn die Ansprüche der anderen Gruppen das Agieren nach dem eigenen Rollenverständnis verhindern. Bei Beteiligung oder Kritik an Planungen fragen **PolitikerInnen:** „Wofür bin ich gewählt?", sagen **Verwaltung/Fachleute:** „Ich hab's gelernt!" und **BürgerInnen** sind der Meinung „die Politik macht nicht, was ich will." Alle drei Standpunkte sind berechtigt. Die Frage ist, wie man damit gut weiterarbeiten kann. Das Rollenverständnis muss sich also ändern, die drei Gruppen müssen in einen offenen Dialog zueinander treten und auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Und wenn ein Investor mit einem Projekt kommt, muss den BürgerInnen aber auch dem Investor reiner Wein eingeschenkt werden.

These 4: Entscheidungen werden im Regelfall im Rathaus getroffen
Aus BürgerInnen-Sicht haben wir derzeit eine Vermischung von Politik und Verwaltung. Für sie ist schwer zu verstehen, wann es hoheitliche Akte z.B. Baugenehmigungen braucht. Daher ist Klarheit in der Kommunikation wichtig. Oftmals verstecken sich PolitikerInnen hinter den Entscheidungen von BürgerInnen. Daher brauchen wir eine klare Trennung von Politik – Verwaltung und Transparenz darüber. Außerdem müssen wir beachten, wen (und welche Interessen) die Politik vertritt. Denn es dürfen nicht alle wählen (ausländische StaatsbürgerInnen). Wir benötigen ein neues „Rollenbewusstsein" und eine stärkere Transparenz über Aufgaben.

These 5: Gefahr der Selbstreproduktion einer Partizipationsgesellschaft
Wenn die Entscheidungsfindung stärker über Partizipationsprozesse läuft, besteht die Gefahr, dass sich immer die Gleichen (Gruppen) beteiligen, während andere nicht oder zu wenig erreicht werden. Hier müssen wir uns die Frage stellen, ob das Ergebnis der Beteiligung hält und belastbar ist?

These 6: frei nach Karl Valentin: „BürgerInnenbeteiligung ist schön, macht aber viel Arbeit“
Beteiligung ist aufwändig, daher fehlen oft die notwendigen Ressourcen (Zeit, Geld, Personal). Dies geht nicht nur der Verwaltung so, sondern auch den BürgerInnen und TeilnehmerInnen. Es kommt daher zu Forderungen nach einem Rechtsbeistand oder Unterstützung.
Dennoch geht es bei Beteiligung um eine Grundhaltung. Der Anspruch von Partizipation ist nur im Einzelfall umsetzbar. Es muss daher im Einzelfall entschieden werden, bei welchen Projekten Beteiligung gemacht wird.

Information
Information ist die Grundlage von Beteiligung. Es sollte aber auch die Reihenfolge eingehalten werden: nicht beteiligen, bevor informiert wurde.

Information wird oft mit dem Hinweis auf das Verhindern von Spekulation unterbunden.

BürgerInnen fehlt vielfach das Wissen, das sie brauchen, um sich beteiligen zu können, sie verstehen z.B. die Flächenwidmung nicht. Dieses Wissen muss zur Verfügung gestellt werden. Allerdings gibt es auch eine gewisse Selbstverantwortung beim Interesse für dieses Wissen. Der Grundstein dafür sollte schon in der Schule gelegt werden. Solche Inhalte gehören in die Lehrpläne.

Grenzen von Beteiligung
Selbst wenn die Leitbildentwicklung bottom up mit Beteiligung erfolgt, kann es bei der Umsetzung zu Widerstand gegen die selbst erarbeitete Lösung kommen und sich eine BürgerInneninitiative bilden, die eine BürgerInnenbefragung bewirkt. Die ursprünglich entwickelte Lösung wird nicht umgesetzt.

Es ist wichtig, zwischen verschiedenen Kommunikationswegen zwischen BürgerInnen und Politik und Verwaltung klar zu unterscheiden:

Partizipationsprozesse sind so gestaltet, dass sie nicht den Anspruch haben repräsentativ zu sein. Ist Repräsentativität notwendig, werden andere Instrumente benötigt z.B. Entscheidung durch die Politik auf Basis einer BürgerInnenbefragung. Eine BürgerInnenbefragung ist mit einer Wahl vergleichbar und gibt ein Meinungsbild der BürgerInnen, sie ist demokratisch aber keine Partizipation!

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg kann in Wien ein „Bürgerentscheid“ (= Volksabstimmung) nicht von den BürgerInnen erzwungen werden.

Wichtige Rahmenbedingungen
Es braucht Vorgaben für Beteiligung: Wo und in welchem Maß? Auf welchen Ebene? Mit welchen Zielen?
Zu beachten ist, welche Art der Kommunikation zu welchem Zeitpunkt eingesetzt wird. Formelle und Informelle Partizipation sollte getrennt werden → nicht mischen!

Kommunikation ist eine Kernaufgabe der Verwaltung
→ Einsatz von intermediären Organisationen und/oder Moderation durch die Verwaltung. Im Einzelfall abwägen was sinnvoller erscheint.
Die Moderation soll unabhängig sein

Transparenz: Was passiert mit den Ergebnissen? - Ergebnisse rasch umsetzen

Der Dialog sollte in den Workflow in der Verwaltung eingebaut werden: Könnte man nicht auch Alltagsprojekte dialogischer angehen?

Grundsätzliches
Beteiligung ist ein Prozess!

Man sollte mit den BürgerInnen nicht über Lösungen diskutieren (dafür sind die Fachleute SpezialistInnen) sondern Bedürfnisse sammeln (dafür sind die BürgerInnen SpezialistInnen).

Medien
Medien sind wichtige DialogpartnerInnen und KooperationspartnerInnen.
Es muss klar sein, wie die Verwaltung mit Medien umgeht. Der Umgang mit polemischer Berichterstattung ist eine Herausforderung. In Wien kommuniziert die Politik mit den Medien, nicht die Verwaltung.

Umgang mit BürgerInnen und was BürgerInnen brauchen

Kurzinput: Antonia Coffey (Geschäftsführerin Kommunale Netze)
Moderation: Kirsten Neubauer (neu&kühn)

Antonia Coffey gliederte ihren Input in 6 Thesen, die in beiden Runden diskutiert wurden.

These 1: Fehlender politischer Wille und Wertschätzung in Beteiligungsverfahren, obwohl das Thema immer wieder aufgegriffen wird.

Fehlende Achtung erzeugt Frust bei allen Beteiligten. Zentral ist auch der gegenseitige Respekt aller Beteiligten. Es gibt außerdem oft zu wenig Transparenz bei den Entscheidungsmöglichkeiten („Was kann man noch beeinflussen?“).

Nicht erfolgte Information, nicht erfolgte Beteiligung, nicht erfolgte Umsetzung, führen zu Misstrauen gegen Öffentlichkeitsbeteiligung generell, gegen nachfolgende Verfahren und zu Widerstand gegen Projekte. Dies nützt niemandem und führt auch zu Frust in Verwaltung und Politik.

Alle Stakeholder und Beteiligten müssen einem Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren gegenüber sensibel sein. . Wenn, wie wir am Beispiel Kirchberg am Vormittag gehört haben, ein Player an dem Beteiligungsverfahren vorbei ein Kintertagesheim im Park plant, löst das zumindest Irritationen aus. Wenn währen des laufenden Mediationsverfahrens über das Areal des Otto Wagner Spitals in Wien, ein kürzlich mit großem Medienaufwand eröffneter zusätzlicher Zugang gesperrt und ein Teil einer denkmalgeschützen Mauer niedergerissen wird, fühlen sich die beteiligten BürgerInnen provoziert;

Beteiligung braucht Ressourcen, es ist daher notwendig, BürgerInnenbeteiligung durch Know-how und Infrastruktur unterstützen.

These 2: Das Vertreten von Eigeninteressen ist legitim (... Investoren vertreten ja auch ihres)

Der Vorwurf an die BürgerInnen, dass sie nur ihre Eigeninteressen vertreten würden geht ins Leere, denn das Vertreten der eigenen Interessen ist legitim, dies tun andere Gruppen und AkteurInnen wie InvestorInnen auch. Dadurch werden Interessenskonflikte sichtbar, die im Anschluss gelöst werden müssen. Ist keine befriedigende Lösung für alle möglich, müssen zumindest die Entscheidungskriterien offen gelegt werden.

These 3: ... Eigeninteresse nimmt im Laufe von Öffentlichkeitsbeteiligung oft ab.
Dadurch, dass BürgerInnen im Laufe von Beteiligungsverfahren auch andere Interessen und Standpunkte wahrnehmen, nimmt die Fixierung auf die eigenen Interessen oftmals zugunsten einer sozial ausgewogeneren Position ab.

These 4: Bei hochemotionalen Konflikten sind zunächst Mediationsverfahren nötig, um die Gemüter abzukühlen. Manchmal eignen sich dazu auch standardisierte Verfahren (wie Volksbefragungen).
Mediationsverfahren sind nicht für Öffentlichkeitsbeteiligungsprojekte geeignet, sondern sollten nur bei hochemotionalen Konflikten eingesetzt werden.

These 5: EntscheidungsträgerInnen sind bei Diskussionen mit BürgerInnen meist nicht anwesend und kennen deren Argumente daher nur mittelbar und oft gefiltert. Ein Rederecht für BürgerInnen im Gemeinderat (z.B. in einer gemeinderätlichen Kommission) könnte hier Abhilfe schaffen.

These 6: Beim Umgang mit gegenläufigen BürgerInnengruppen (Pro und Contra BürgerInnen-initiativen) sollte man methodisch flexibel sein und benötigt weitere Ressourcen (Budgetreserve). Die verschiedenen BürgerInnengruppen sollten als unterschiedliche Player im Verfahren gesehen werden.
Problematisch ist auch der **Umgang mit Einzelpersonen**, die in irgendeiner Weise, aus welchen Gründen immer den Prozess zu hintertreiben versuchen.
Hier ist es ganz wichtig, diese ernst zu nehmen, mit ihnen außerhalb der Gruppe das Einzelgespräch zu suchen, um herauszufinden, worum es wirklich geht.
Dabei ist eine besonders sensible Moderation sehr wichtig. Allerdings besteht die Gefahr, dass konstruktive Gruppen wegen der „Spezialbehandlung" von sich lautstark äußernden Einzelpersonen frustriert werden. (Anmerkung Coffey: unwahrscheinlich , wenn dies dazu führt, dass ein konstruktiver Prozess fortgeführt werden kann, beziehungsweise diesen erleichtert).

Umgang bei Nichteinhaltung von Spielregeln
Um das Nichteinhalten von Spielregeln zu vermeiden, sollten sie verbindlich gemacht werden → Unterschrift. Darüber hinaus ist Vertrauen zentral. Alle Beteiligten im Prozess sollten sich die Frage stellen: „Wie erhalte ich Vertrauen?"

- **Provozierende Gruppen/Störer:** → zeitlang „ausschreien" lassen, „Bühne geben"
- **Hintertreibende Gruppen/Störer:** (nicht offensichtliches Blockieren) → Personen konkret ansprechen

- „**Verhinderungs"-Bürger (oft laut):** → Rahmenbedingungen kommunizieren → Beteiligungsgruppe vergrößern → andere Akteure einbinden (Kaufmannschaft, Jugendzentren) → Internetbeteiligung

Allgemein ist es sinnvoll, zwei ModeratorInnen zu haben: eine Fachmoderation und eine sozial kompetente Moderation.

Umgang mit „Aufgaben-GeberInnen"
Es gibt in Beteiligungsprozessen immer wieder Menschen, die die Verwaltung mit Arbeit und Infos zuschütten. weil sie immer mehr Informationen verlangen. Es wäre in diesem Fall sinnvoll, festzustellen, ob dies von Seiten der Initiativen eine bewusste Strategie ist, bzw. von den beteiligten BeamtInnen als solche empfunden wird, oder ob es dem Bedürfnis der BürgerInnen entspricht, den Informationsvorsprung der Verwaltung auszugleichen.

Partizipation mit schwer erreichbaren Gruppen

Kurzinput: Frank Schmitz (Amt für Soziale Angelegenheiten der Stadt Saarbrücken)
Moderation: Pia-Maria Sengelin (kon-text)

Nach einem Input von Frank Schmitz über sein Projekt widmeten sich die TeilnehmerInnen des Workshops der Frage, wer überhaupt unter der Bezeichnung *schwer erreichbare Gruppen* zu verstehen ist. Einerseits sind es Geschäftsleute, sehr engagierte Berufstätige und SeniorInnen, alleinstehende vereinsamte Personen sowie frustrierte Menschen. Andererseits gehören zur Gruppe der schwer erreichbaren BewohnerInnen auch Gruppierungen von Jugendlichen (vor allem männlichen), jüngeren Mädchen und Buben sowie Schulen.

Im Workshop wurde überlegt, welche Strategien angewandt werden könnten, um schwer erreichbare Gruppen zur Teilhabe an Prozessen zu aktivieren.
Essentiell schien die persönliche Ansprache von Personen, die zwar zeitaufwendig, aber meist zielführend ist. Es geht um eine Begegnung auf Augenhöhe in Einzelgesprächen, die die Vertrauensbasis für das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen legt. Auch (Grill)feste können für den Vertrauensaufbau hilfreich sein. Wichtig erschien es auch, die Menschen dort abzuholen, wo sie leben und sich im Alltag aufhalten. Um ganze Gruppen zur Teilhabe zu begeistern ist es notwendig mehrere der Gruppenmitglieder zu aktivieren.
Partizipationsstrategien, die nur mit einer geringen Verbindlichkeit einhergehen, scheinen erfolgreicher als jene, die ihre TeilnehmerInnen längerfristig „binden“ wollen.
Ein entscheidender Punkt für eine gelungene Partizipation schwer erreichbarer Gruppen ist die professionelle Organisation und Moderation des Prozesses. Es bedarf kleiner Schritte und die kontinuierliche Sichtbarmachung von Zwischenergebnissen sowie die Kommunikation der einzelnen Teilerfolge.

Vernetzung, wie z. B. über die Regionalforen, wird ebenfalls als wichtiges Mittel zur Teilhabe gesehen. Abschließend wurde bemerkt, dass es Mut braucht, neue Strategien zu entwickeln und unkonventionelle kreative Schritte im Prozessdesign zu setzen.

Beteiligung bei strategischer Planung

Kurzinput: Kerstin Arbter (Büro Arbter)
Mitschrift: Agnes Köchl (neu&kühn)

Kerstin Arbter stellte einen kurzen ppt-Input als Diskussionsgrundlage zusammen.

Herausforderungen bei Öffentlichkeitsbeteiligung bei strategischen Planungen
Wie kann man Bürger mit einbeziehen in langfristige Planungen? Wie erreiche ich BürgerInnen? Entwicklungsprojekte oft zu abstrakt

- Meistens rühren sich nur die, die dagegen sind – sind am lautesten
- Planung ist oft sehr investorenbezogen (zum Beispiel im Straßenbau)
- Langfristige Stadtentwicklung für BürgerInnen schwer/nicht nachvollziehbar/nicht greifbar, langwierige Umsetzung – Bürger wollen Ergebnisse sehen, ÖB braucht aber ihre Zeit

Die grundsätzlichen, strategischen Fragen der Wiener Stadtplanung sind:
Wollen wir zu 2 Millionen in Wien wohnen?Wenn ja: Wie will ich dann wohnen? Wo/wie in Wien oder wo/wie im Umland. Diesen Fragen wird man sich stellen müssen, wenn man beim Ziel mit Öffentlichkeitsbeteiligung beginnen will und nicht hinten bei der Lösung (Beispiel Westbahnhof).

Oft werden die BürgerInnen derzeit erst ganz spät, wenn überhaupt, kontaktiert, zuerst machen sich die Stadt mit den Investoren und dann mit dem Bezirk die Planung aus;
STEP: Bezirke, Regionales, NGO's, Kammern, Wien Holding, Industrie, Wissenschaft
Was ist unsere Frage beim STEP? Was wollen wir von den BürgerInnen wissen?
Herausforderung, welche Haltung hat die Stadt für Themen: Weiterentwicklung
Die grundsätzlichen, strategischen Fragen der Wiener Stadtplanung sind:
Wollen wir zu 2 Millionen in Wien wohnen?
Wenn ja: Wie will ich dann wohnen? Wo/wie in Wien oder wo/wie im Umland

Diesen Fragen wird man sich stellen müssen, wenn man beim Ziel mit Öffentlichkeitsbeteiligung beginnen will und nicht hinten bei der Lösung

Die derzeitigen ZG sind keine funktionalen Räume, beim neuen STEP sollten wirkliche funktionale Räume abgegrenzt werden
Optionen für Investoren, die Grund kaufen
ZG – Aufgaben der KoordinatorIn: driving force, Abstimmungprozesse fördern, Partnerschaften entwickeln
ZG als funktionale Räume ≠ administrative Räume, wenn ein funktionaler Raum über mehrere administrative Räume erstreckt kann das die Kooperation erschweren

Lösungen, Ideen

- Partizipation braucht Information im Vorfeld, fehlendes Wissen über das Projekt blockiert Projekte,

- Bei den laufenden **Lebensqualitätsabfragen** könnte man BürgerInnen auch Zukunftsfragen + Planungsfragen stellen, nicht nur Befragungen zum Ist-Zustand

- Bei strategischen Planungen auch Fachleute einbeziehen
- Anregungen holen in anderen Ländern
- Meinungen der Bürger ernst nehmen!

- Keine falschen Versprechungen an Bürger – was ist machbar? – was nicht?
- Klarheit des Prozesses

- BürgerInnen aufsuchen (in Einkaufszentren, öffentlichen Plätzen, ...), Donauinselfest

- ÖB braucht Alternativen, sonst ist es sinnlos

- Zielgebiete: Stadtplanung braucht Zwischenebene zwischen STEP und „Briefmarken"-Flächen-Widmungen, Gebiet mit Identity, wo man Netzwerk der Interessierten aufbauen kann, zum Beispiel ÖB zu Bezirksentwicklungsplan, zum Beispiel ÖB beim Festlegen des Leitbilds der Zielgebiete

- 3-stufiges Vorgehen, zum Beispiel bei konfliktträchtigen Planungen:
  Stufe 1: eigene Bedürfnisse in der eigenen Gruppe klären (was brauchen wir?),
  Stufe 2: in der eigenen Gruppe, die Bedürfnisse der anderen InteressentInnen besprechen (was könnten die anderen brauchen),
  Stufe 3: alle Gruppen gemeinsam über alle Interessen sprechen (was brauchen wir alle?)

Methoden, die für strategische Planungen geeignet sind:

a) 21st century **Town** Meeting (500-1000 Personen, 1 Tag; repräsentative Gruppe)
   Einsatzmöglichkeiten: zur Lösung für politische Pattstellung,Was will der/die BürgerIn

wirklich? → Methode, um Prioritäten zu erheben zum Beispiel bezüglich Budget, ...

b) Bürgerpanel
rund 4000 Personen werden repräsentativ ausgewählt und immer wieder zu Stadt-Themen befragt, sie sind permanente AnsprechpartnerInnen z.B. für Fragen, die ganz Wien betreffen, auf sie kann man auch zurückgreifen zur Beteiligung bei Neubaugebieten auf der grünen Wiese, etc., 1-2 Jahre stehen sie zur Verfügung, Aufwandsentschädigung: z. B. Jahreskarte Wiener Linien, Empfang mit Abendessen im Rathaus, etc.

c) Netzwerk der Interessierten (Engagierten), die die sich ohnehin schon beteiligen bekommen eine gewisse Struktur, kann man kontaktieren, muss man nicht jedes Mal wieder aktivieren, z. B. auf lokaler Ebene, Kern über GBs und LA21+Büros, von dort aus erweitern; evtl. nach Themen gegliedert; bei Bedarf kann man das Netzwerk der Interessierten erweitern

d) BürgerInnenrat
10-12 zufällig ausgewählte BürgerInnen beraten 1,5 Tage ein Thema, formulieren dazu ein gemeinsames Statement, stellen ihre Empfehlungen anderen Interessierten beim BürgerInnen-Café vor, diese ergänzen, anschließend geben PolitikerInnen Feedback, was sie mit den Ideen machen wollen
z. B. Zielgebiet Kagran, Äußere Liechtensteinstraße, örtliches Entwicklungskonzept Mödling: hier ganz zu Beginn der Planungsphase BürgerInnenrat eingesetzt, um zu erfahren, was ist den BürgerInnen wichtig ist

e) Planung am runden Tisch
kontinuierliche Beteiligung der betroffenen Organisationen nach dem Vertreterprinzip, erarbeiten den Plan gemeinsam, möglichst im Konsens als bereits ausgehandelte Empfehlung an die politischen EntscheidungsträgerInnen, Erweiterung im Feedback-Workshop durch weitere interessierte Organisationen (punktuelle Beteiligung), Stellungnahmemöglichkeit oder BürgerInnen-Café für BürgerInnen, sobald Entwurf fertig ist (punktuelle Beteiligung)

Online oder offline?

Kurzinput: Julian Petrin (Nexthamburg)
Moderation: Peter Kühnberger (neu&kühn)

Top 1: Crowdsourcing ist nicht Kernkompetenz der Verwaltung
Für Crowdsourcing benötigt man einen gemeinnützigen Träger (Stiftung, Verein …) und in der Kommunikation am besten eine „BürgerInnenplattform“, um das Angebot der sehr frühen Ideenentwicklung glaubwürdig vermitteln und dialogisieren zu können. Dann kommen auch „revolutionäre“ Ideen wie neue Mobilitätskonzepte mit Seilbahnen. Ein Netz an Abhängigkeiten lähmt das kreative Lösungsfinden im Verwaltungsdenken.

Top 2: provokante Themensetzung aktiviert
Kommunikative Anker für Raumentwicklungsdialog sind schwierig – deswegen benötigt man zu Beginn provokante, irritierende These(n) zur Stadtentwicklung, mit denen die persönliche Betroffenheit angesprochen werden muss. Ein Claim, der Erwartungen weckt wie bspw. „Du kannst die Stadt verändern“ ist ebenso notwendig.
Traurig aber wahr, sehr stark aktiviert das Thema „Wegnehmen“. Wie eine Online Petition zur Schließung des Streit’s – Kino gezeigt hat, wo in 3 Tagen 2.500 FB-Fans aktiviert wurden, und ein sofortiges Presseinterview die Folge war.

Top 3: regelmäßiger Content aktiviert
Seit 1,5 Jahre wird auf Inhalts-Aggregierung gesetzt – d.h. in den klassischen Medien gespielte Themen der Stadtentwicklung in Hamburg werden über die Kanäle von next hamburg (homepage/blog, facebook, twitter) verbreitet und zur Diskussion angeregt. Nexthamburg ist bei der Aggregierung manchmal „parteiisch“ im Sinne der Ergebnisse von vorhergehenden Workshops zur Stadtentwicklung. Ein „Thema des Monats“ hat ebenso diese Funktion.

Top 4: Stadtentwicklung via Crowdsourcing bedeutet Arbeits- und Ressourceneinsatz
Aktuell verbringt die Social Media Managerin 3-4 Stunden pro Tag damit, mindestens eine oft

auch 4-5 Meldungen zur Stadtentwicklung in Hamburg zu recherchieren, zu aggregieren bzw. in die Social Media Kanäle hineinzubringen. Ebenso wird ein Thema des Monats aufbereitet. Wichtig ist hier viel Fingerspitzengefühl bei den Formulierungen zu haben.

Top 5: Gehe dorthin, wo die Menschen sich bewegen
Termine ohne Einladungen auf facebook sind undenkbar. Viel läuft aktuell auf facebook, dort muss mach auch hin, um die Menschen abzuholen, auf seine Plattform. Facebook Profil hat viel höhere Aktivität als die facebook page – damit gibt es aber juristische Probleme. Next hamburg ist platziert auf facebook, twitter und google+.

Top 6: Struktur der TeilnehmerInnen
Die Struktur der TeilnehmerInnen ähnelt der von CaféhausbesucherInnen:
Stammkunden* (regelmäßig wiederkehrende) – seltene Besucher (wandernde Community) – „Touristen"; Die Menge drittelt sich in etwa. Gut gehende Themen für die Stammkunden sind Gentrifizierung und Baukultur. Für die wandernde Community bspw. Streit Kino oder Terminankündigungen.

Top 7: Qualität vor Quantität
Ideen sollen Umsetzungspotential haben und in Richtung einer politischen Verantwortlichkeit auch politisch verhandelbar werden. Mit dem Internet ist immer ein „Mehr" an Reichweite möglich. Ideenpaten sind eine Möglichkeit, um eine engere Bindung für die Ideen herzustellen. Aktuell entstehen 4 mal im Jahr Themenreports bspw. zu „Hamburg 2030" Mobilität, und anderen Themen.
Unterschiedliche Personen entwickeln Ideen weiter = Element von Web 2.0 Am Ende des Prozesses steht eine BürgerInnenvision Hamburg 2030, bei der auch kontroversielle Standpunkte dargestellt werden können. → Details im Vortrag.

Partizipation in Neubau– und Konversionsgebieten

Kurzinput: Elke Eckerstorfer (GB*10)
Moderation: Michaela Glanzer (kon-text)

Elke Eckerstorfer gab einen kurzen Input zum Thema – auch aus der Sicht des Stadtteilmanagements in Neubaugebieten der Wiener Gebietsbetreuungen.

Information über das Geplante ist eine wichtige Basis für Partizipation

- Bisherige Praxis: Wenig Information vor Ort über Planungen → niederschwelliger Zugang zu Information von Planungsprojekten sollte Standard sein
    - Mögliche Gründe? Angst vor Widerstand aus der Bevölkerung
- Information schürt Erwartungen in der Bevölkerung
    - Missverständnissen möglich → Bsp. Entwürfe von Studierenden werden von Bevölkerung tlw. als „Umsetzungsprojekte“ wahrgenommen
- Seestadt Aspern
    - Wurde als positives Beispiel genannt: sehr frühe Information und Aktivitäten, schon jetzt (2012).
    - Dieses Beispiel wurde auch kontroversiell diskutiert: (zu) viele (Informations-) Veranstaltungen überfordern manche Interessierte; es findet wenig kritische Auseinandersetzung statt.

Wer sollte in die Entwicklung einbezogen werden?

- „Die zukünftigen BewohnerInnen“ → diese sind unterschiedlich, je nach Vierteln, Bauplätzen, Bezirken, Wohnungsgrößen
    - Bsp. Sonnwendviertel: Gründe für Ortswahl sind u.a. frühe Mitsprache auf einem Bauplatz (Projekt „so.vie.so“) bei Grundrissen, Gemeinschaftsflächen und Freiraum; Angebot an großen Wohnungen (5-Zimmer)
    - Bsp. Mautner-Markhof: viele InteressentInnen sind aus dem Bezirk; ein Bauplatz bietet sehr frühe Mitsprache

- AnrainerInnen von Neubaugebieten
- Baugruppen sind besonders gut ansprechbar für z.B. Thema Freiraum → frühzeitige Identifikation mit der Gegend/ dem Grätzel

Beispiel STM Sonnwendviertel - Hauptbahnhof

- Erfahrung der GB*10 bisher: → Interesse der ansässigen Bevölkerung an Informationen ist sehr groß
- Diskussionen und Ausstellungseröffnungen: eher Fachpublikum, Ausstellungen werden von der Bevölkerung besucht
- GB*10 wurde am Hauptbahnhof zur Vernetzung- und Informationsinstanz für Institutionen
- GB*10 wurde seitens der ÖBB als Beraterin beim nächsten Wettbewerb im Gebiet eingeladen

Beispiel Entwicklung Nordbahnhof

- Die GB*2/20 ist als Vorprüferin involviert
  - Offen, wie weit die Ergebnisse dieser Vorprüfung in Jury-Entscheid einfließen → daher ist es wichtig, als Vorprüfer auch bei Jurysitzung dabei zu sein
  - GB*2/20 hat Infoveranstaltung bzw. Diskussion mit MultiplikatorInnen aus Bezirk gemacht und deren Kriterien abgefragt

AnrainerInnen als ExpertInnen für den Ort/das Grätzel

- Wissen der Bevölkerung ist ExpertInnenwissen „vor Ort vom Ort“
- Diskussion, wie lokales Wissen in Bauträgerwettbewerbe gebracht werden kann
  - Abfragen von „emotional – lokal“ wichtigen Punkten/Themen von AnrainerInnen → Sichtbeziehungen auf Landmarks, alter Baumbestand…
  - Ortsqualität soll für Jurymitglieder spürbar sein und soll vermittelt werden
  - Fraglich, ob Vorprüfberichte und schriftliche Informationen ausreichen, um Ortsqualität zu vermitteln
  - Möglich: Begehung des Gebietes mit Jurymitgliedern
- Diskussion über die Entwicklung eines Gebietes darf nicht mit dem Wettbewerbsentscheid zu Ende sein!

Diskussion

- GBs als Info- und Anlaufstelle vor Ort → tlw. nicht einfach, weil ressortübergreifende Arbeit
- GB kann als Sprachrohr der BürgerInnen lokales Wissen in Wettbewerbe einbringen → zu klären, in welchem Stadium des Wettbewerbes und in welcher Funktion
- Forderung: Partizipation muss in allen Ebenen verankert sein! → lokal, Bezirk, Stadt

5. TeilnehmerInnen

Almer	Stefan
Berger	Gerhard
Binder-Zehetner	Andrea
Bozetpe	Kemal
Coffey	Antonia
Denk	Franz
Diem	Michael
Dvorak	Wolfgang
Eckerstorfer	Elke
Ehmayer	Cornelia
Engleder	Bernhard
Forstner	Martin
Grassinger	Margit
Gruber	Sabine
Hauswirth	Rainer
Hertzsch	Wenke
Höflinger	Michael
Hubauer	Irmgard
Irsa	Georg
Kail	Eva
Kainacher	Franz
Kelz	Christina
Khutter	Wolfgang
Kickert	Jennifer
Klerings	Christiane
Krejsa	Dominik
Lukas	Teresa
Madreiter	Thomas
Mann	Andrea
Mayer	Bernhard
Mlczoch	Peter
Mondre	Markus
Neuhauser	Anton
Öhlinger	Martina
Persy	Eva
Petrin	Julian
Polan	Rudolf
Posch	Hanna
Pracherstorfer	Elvira
Prinz-Brandenburg	Claudia
Schandl	Ulrike
Schindler-Seiss	Edith
Schmitz	Frank
Schrack	Gabriele
Schrefel	Christian
Sciri	Sonja
Sengelin	Pia
Sonderegger	Jens
Stepanek	Sonja
Stoik	Christoph
Stummvoll	Florian
Tadler	Johanna
Taucher	Josef
Trauner	Anna
Wetzig	Alexander
Zappe	Ursula
Zimmermann	Gabriele